

„Fehlentscheidung“ in der Tat – Urteil des Amtsgerichts Weimar vom 11.01.2021

Jan Keesen

2021-01-29T14:00:34



OLIVER PIEPER

von

„Katastrophale Fehlentscheidung“ dürfte wohl der Ausdruck sein, der Leser*innen und [Presse](#) am besten im Gedächtnis geblieben ist. Das [Urteil des Amtsgerichts Weimar vom 11.01.2021](#) hat aber auch sonst nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Denn nicht nur, dass die Corona-Politik der Bundesregierung in der Luft zerrissen wird, sondern es werden auch die im erstmaligen wie gegenwärtigen Lockdown statuierten [Kontaktverbote](#) für verfassungswidrig erklärt. Grund genug, um sich mit der Entscheidung ausführlicher auseinanderzusetzen.

Das zivilrechtliche Urteil hatte als Ausgangspunkt den Bußgeldbescheid eines Mannes zum Gegenstand, der gegen die im April geltenden Kontaktbeschränkungen verstoßen hatte. Er war in einem Hinterhof Besucher einer Geburtstagsfeier gewesen, bei der auch Angehörige sechs weiterer Haushalte zugegen waren. Die Kammer sprach den Betroffenen jedoch frei, indem sie die thüringische Grundlage für die Kontaktverbote sowohl für formell als auch materiell verfassungswidrig erklärte.

Wesentlichkeitstheorie

Hinsichtlich der Form wurde Bezug auf die Tragweite der in der Rechtsverordnung niedergelegten Verbote genommen. Dabei knüpfte das Gericht an die [Wesentlichkeitstheorie](#) des Bundesverfassungsgerichts an, nach der alle wesentlichen Entscheidungen vom parlamentarischen Gesetzgeber erlassen werden müssen. Die Exekutive hingegen darf bei Konstellationen mit hoher Grundrechtsrelevanz aufgrund dieser Ausformung des Demokratieprinzips nicht ohne vorhergehende Regelung durch den Gesetzgeber handeln. Bei

Kontaktbeschränkungen liegt die Annahme einer solch essentiellen Entscheidung derweil nahe, werden schließlich Zusammenkünfte und Kontakte fast vollständig untersagt und damit u.a. die Handlungsfreiheit aus [Art. 2 Abs. 1 GG](#) in schwerwiegendem Maße beschränkt. Das Gericht trifft insofern einen Nerv, der bereits [vielfach aufgegriffen wurde](#). In Zeiten der Pandemie mutet es an, als ob die Exekutive ohne jedwede parlamentarische Mitbestimmung Maßnahmen ergreift. Ein Eindruck, der sich aufgrund der immer länger andauernden Situation zu verstärken vermag.

Die Rechtsprechung erkannte zunächst wegen der durch Corona ausgelösten, unvorhergesehenen Entwicklungen einen „[Überbrückungszeitraum](#)“ an, in dem – um gravierende Regelungslücken zu vermeiden – auch eingriffsintensive Maßnahmen auf Generalklauseln gestützt werden konnten. Die Frage, die sich somit grundsätzlich zu Recht stellt, ist, ob diese „Notlösungen“ nicht nach dem Ablauf einer gewissen Zeit [konkretisiert werden müssen](#). Diesen Bedenken ist der Gesetzgeber jedoch durch die Einführung des Maßnahmenkataloges in [§ 28a IfSG](#) beigegeben.

Unabhängig davon ist diese Gesetzesmodifizierung jedoch für die hier relevanten Kontaktbeschränkungen im April nicht entscheidend. Schließlich fallen sie in den soeben benannten „Überbrückungszeitraum“. Deswegen ging das Amtsgericht Weimar auch einen Schritt weiter und verneint, dass dessen notwendige Voraussetzung – eine unvorhergesehene Notsituation – jemals bestand (Rn. 36). Dabei erstaunt, mit welcher Sicherheit das Gericht das Nichtbestehen einer epidemischen Notfallsituation (damals wie heute) feststellt. Wie auch der [Bayerische Verwaltungsgerichtshof](#) (Rn. 36) betont, besitzt kein/e Richter*in bei einer so vielschichtigen Thematik eine hinreichende virologische Expertise, die eine eigenständige Einschätzung ohne die Hinzuziehung eines/r Sachverständigen erlaubt. Die autonom durchgeführten Rückschlüsse des AG Weimar kommen jedoch zu dem Ergebnis, dass bereits vor dem Lockdown die Fallzahlen rückläufig waren, ergo keine Gefahr für das Gesundheitssystem bestand und die Maßnahmen nicht auf eine Generalklausel gestützt werden konnten.

Verletzung der Menschenwürde?

Doch auch abseits der Bewertung der epidemischen Lage mutet dieses Urteil mehr als fragwürdig an. Vor allem dann, wenn eine Verletzung der Menschenwürde durch die Kontaktbeschränkungen erörtert wird. Das Gericht legt dar, dass aufgrund der Suspendierung der freien Entscheidung bzgl. Kontaktpersonen die Bürger*innen vom Staat in ihren grundlegendsten Freiheiten eingeschränkt werden. Die freie Begegnung sei essentiell für eine Gesellschaft, sodass der Staat hier grundsätzlich jedes zielgerichtete regulierende und beschränkende Eingreifen zu unterlassen habe. Durch die Reduzierung des Einzelnen auf seine Eigenschaft als potentieller „Gefährder“ bzw. „Überträger“ werde er zum bloßen Objekt degradiert (Rn. 40).

Diesen Erwägungen ist aus mehrfacher Hinsicht zu widersprechen: Denn nach diesem Verständnis der Menschenwürde wird sie schlicht mit der allgemeinen

Handlungsfreiheit und dem Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen – welches zwar u.a. aus [Art. 1 Abs. 1 GG](#) hergeleitet wird, aber unter dem Vorbehalt der Schrankentrias aus [Art. 2 Abs. 1 GG](#) steht – gleichgesetzt. Wenn es für eine Verletzung von [Art. 1 Abs. 1 GG](#) genügen würde, dass das freie Subjekt in einer Situation nicht mehr selbstbestimmt entscheiden kann, so wäre in der Folge jedwede belastende staatliche Maßnahme per se unzulässig. Es muss sich vielmehr die Negierung des sozialen Wert- und Achtungsanspruchs in dem Hoheitsakt manifestieren.

Dafür genügt es nicht, dass behauptet wird, die Bürger*innen werden nur noch als „Gefährder“ betrachtet. Die Kontaktbeschränkungen ergehen schließlich auch zum Schutz der betroffenen Personen selbst bzw. sollen öffentliche Einrichtungen der Gesundheitsfürsorge vor Überlastung bewahren und damit final eine Versorgung des Einzelnen gewährleisten. Die Maßnahmen sind damit gerade Ausdruck der Anerkennung der Schutzwürdigkeit menschlichen Lebens, die [unabhängig der Eigenschaften, der Leistungen und des sozialen Status des Einzelnen](#) besteht. Auch wenn die Maßnahmen vornehmlich auf den Schutz von Risikogruppen zielen, soll durch die Instandhaltung einer medizinischen Infrastruktur letztendlich jedem eine würdige und angemessene Behandlung zugesichert werden. Damit wird u.a. bezweckt, die im starken [Spannungsverhältnis mit der Menschenwürde stehende Triage](#) zu verhindern. Es ist damit nicht erkennbar, warum mit den Kontaktbeschränkungen eine Negierung des Wert- und Achtungsanspruchs der Bürger*innen durch den Staat einhergehen soll.

Das Gericht verkennt somit die Reichweite der Menschenwürde. Die aufgeführten Erwägungen legen „nur“ dar, wie schwerwiegend der Eingriff in [Art. 2 Abs. 1 GG](#) wiegt.

Verhältnismäßigkeit und politische Bewertung

Auch im Rahmen der Verhältnismäßigkeit sind Teile der Argumentation nicht nachvollziehbar. Nach einer langen Auflistung von (zutreffenden) Negativeffektiven des Lockdowns – von gesundheitlichen über ideelle bis finanzielle Auswirkungen – kommt die Prüfung (aufgrund des Nichtvorliegens einer pandemischen Notlage) zu dem Ergebnis, dass die Kontaktbeschränkungen weder erforderlich noch angemessen waren. Allerdings überzeugt die Argumentation hier schon deshalb nicht, weil entgegenstehende Sichtweisen außen vorgelassen werden bzw. nicht die Annahme berücksichtigt wird, dass der Lockdown selbst für die geringe Auslastung der Intensivbetten verantwortlich gewesen sein könnte, was auch der [Bayerischer Verwaltungsgerichtshof](#) (Rn. 36) an der Entscheidung stark kritisierte. Die Argumentation gipfelt in der These des Gerichts, dass der Lockdown ohne Zweifel (sic!) ein Vielfaches mehr an Toten gefordert habe, als er Leben gerettet hätte (Rn. 104). Der Beweis für diese hoch spekulative Einschätzung wird freilich nicht erbracht. Unterstellte man, dass ohne die Kontaktbeschränkungen die Infektionszahlen nur zweifach so hoch ausgefallen wären, müsste der Lockdown nach dieser Auffassung somit mehr als 50.000 Tote verursacht haben. Die Wahrscheinlichkeit dieser Annahme kann – unter Anerkennung der massiven Einschnitte, die ein Lockdown verursacht – als niedrig eingestuft werden.

Die Argumentation des Urteils schließt mit der Einschätzung, dass das Vorgehen der Bundesregierung eine politische Fehlentscheidung gewesen sei. Dabei ist die Frage, wie ein Gericht die politische Tragweite der Corona-Maßnahmen einstuft, nicht nur irrelevant, sondern legt nahe, dass es der Kammer gerade aus politischen Gründen wichtig war, das Vorliegen einer epidemischen Lage sowie die Vereinbarkeit der Maßnahmen mit [Art. 1 Abs. 1 GG](#) zu negieren.

Somit spricht die Kammer im Ergebnis zwar tatsächlich bestehende Problempunkte der gegenwärtigen Corona-Maßnahmen an, wie die Wesentlichkeitstheorie oder die Verhältnismäßigkeit, gelangt dabei jedoch zu schwerlich vertretbaren Ergebnissen. Weder die Einstufung der epidemischen Lage im Frühjahr als nicht gefährlich noch die Begründung einer Verletzung der Menschenwürde vermögen zu überzeugen. Dadurch kann das Urteil als das bezeichnet werden, was es selbst bei anderen Entscheidungsträgern ausfindig macht: Eine Fehlentscheidung.

Zitiervorschlag: Oliver Pieper, „Fehlentscheidung“ in der Tat – Urteil des Amtsgerichts Weimar vom 11.01.2021, JuWissBlog Nr. 11/2021 v. 29.01.2021, <https://www.juwiss.de/12-2021/>.

